

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 03.07.2007

N i e d e r s c h r i f t

der 11. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 25.06.2007,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:55 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

Herr Diedrich Backhaus

Herr Dieter Gail

(in Vertretung für Stv. Braun)

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Klaus Peter Möller

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser

Ausschussvorsitzende

Herr Rolf Krieger

Herr Johannes Loheide

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Klaus-Dieter Grothe

(in Vertretung für Stv. Otto)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Außerdem:

Frau Dr. Bettina Speiser

Fraktion Bd' 90/Die Grünen (ab 19:17 Uhr)

Herr Tjark Sauer

Die Linke.Fraktion (ab 19:07 Uhr)

Herr Heiner Geißler

FW-Fraktion

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann Oberbürgermeister (bis 20:55 Uhr)
Herr Dr. Volker Kölb Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Sabine Wilcken-Görich Leiterin der Abteilung Wirtschaftsförderung

Vom Ausländerbeirat

Herr Abu Marheil

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Büroleiter, Schriftführer

Entschuldigt:

Herr Helge Reinhold Braun CDU-Fraktion
Herr Christian Otto Fraktion Bd'90/Die Grünen

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Sachstandsbericht Handlungskonzept Medizincluster -
 Bericht des Magistrats -
3. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung STV/0996/2007
 von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000 zur
 Umsetzung des beitragsfreien letzten
 Kindergartenbesuchsjahres
 - Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 -
4. Reinigung städtischer Einrichtungen STV/1033/2007
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2006 -
5. Quartalsweise Arbeitsgespräche Stadt u. Kreis Gießen STV/1038/2007
 - Antrag der FW-Fraktion vom 10.06.2007 -

- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| 6. | Antrag zur GIAG - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.06.2007 - | STV/1040/2007 |
| 7. | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 67 - - Antrag des Magistrats vom 19.03.2007 - | STV/0891/2007 - Kenntnisnahme - |
| 8. | Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2006 bis 10.000,00 EUR - Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 - | STV/0997/2007 - Kenntnisnahme - |
| 9. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen.

2. Sachstandsbericht Handlungskonzept Medizincluster - Bericht des Magistrats -

Der von **Frau Wilcken-Görich**, Abteilung Wirtschaftsförderung, vorgetragene Sachstandsbericht ist der Niederschrift als Anlage I beigefügt.

Oberbürgermeister Haumann fügt hinzu, dass diese Initiative ein wichtiger Schritt sei, die Region und damit auch Gießen weiter voran zu bringen, um Wertschöpfung vor Ort zu halten und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen.

Anschließende Fragen der Stv. Loheide und Krieger werden von Frau Wilcken-Görich und Oberbürgermeister Haumann ausführlich beantwortet.

3. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000 zur Umsetzung des beitragsfreien letzten Kindergartenbesuchsjahres - Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 -

STV/0996/2007

Antrag:

Den in der Anlage beigefügten Änderungen der städtischen Kindertagesstättensatzung wird zugestimmt.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, bittet, zukünftig darauf zu achten, dass bei Satzungsänderungen eine Synopse angefertigt werde, in der „Alt“ und „Neu“ gegenüber gestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4. Reinigung städtischer Einrichtungen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2006 -**

STV/1033/2007

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der mehrheitlich von der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2004 gefasste Beschluss zur "Reinigung öffentlicher Gebäude" wird aufgehoben.
2. Der Magistrat wird aufgefordert,
 - a) an dem Ziel festzuhalten, die städtischen Einrichtungen von Reinigungskräften der Stadt Gießen reinigen zu lassen.
 - b) zukünftig auch das neue Rathaus von Reinigungskräften der Stadt Gießen reinigen zu lassen.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, begründet, Anlass für den vorliegenden Antrag sei ein Presseartikel gewesen, in dem Oberbürgermeister Haumann erklärt habe, dass zwar keine Reinigungskraft entlassen werde, aber bei preislich hohen Unterschieden private Anbieter nicht übergangen werden können. Sie bedauert, dass jetzt in der Stadt die leidige Diskussion aus dem Kreistag offensichtlich wiederholt werde und prangert „Privatisierungswahn aus ideologischen Gründen“ an.

Oberbürgermeister Haumann berichtet, dass es in Gießen 108 öffentliche Objekte gebe, von denen 38 von Privatfirmen gereinigt werden. Seit 2004 seien nur drei Gebäude hinzugekommen, unter anderem die Sporthalle der Liebigschule, für deren Reinigung die Stadt vorher pro Jahr rund 35.000,00 € (plus Material- und Gerätekosten) aufbringen musste. Mit der Umstellung seien die Aufwendungen auf etwa 11.500,00 € (alles inklusive) gesunken. Kündigungen seien dafür nicht ausgesprochen worden und bei der Vertragsgestaltung sei Wert darauf gelegt worden, dass tarifliche Absprachen sowie der Qualitätsstandard eingehalten werden. Darüber hinaus seien 2004 17 städtische Kräfte aus dem Dienst ausgeschieden, 15 neue eingestellt worden. Somit herrsche nahezu Stellenneutralität. Nicht vergessen werden dürfe, dass die Stadt zur Sparsamkeit verpflichtet sei und dass an bestimmten Bereichen ohnehin nur spezialisierte Firmen eingesetzt werden können.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, moniert, dass durch die Fremdvergabe der städtische Haushalt auf Kosten derjenigen saniert werde, die ohnehin kaum genug zum leben haben. Er möchte bis zur Stadtverordnetensitzung vom Magistrat wissen, welcher Stundenlohn für Reinigungskräfte der Stadt und welcher Stundenlohn für Reinigungskräfte der bei der Stadt tätigen Fremdfirmen gezahlt wird.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, ist der Ansicht, dass das Hauptaugenmerk darauf gelegt werden müsse, dass keine Bezahlung unter Tarif stattfinde; aus diesem Grunde stellt er für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Initiativantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die mit der Reinigung städtischer Gebäude beauftragten Reinigungskräfte gemäß dem gültigen Tarifvertrag bezahlt werden.“

Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion, stellt folgenden Ergänzungsantrag zum Initiativantrag der Koalitionsfraktionen:

*„... bezahlt werden, **jedoch nicht unterhalb eines Mindestlohns von 8 € pro Stunde.**“*

Zum Thema Qualität der Arbeit führt **Stv. Schirmer**, SPD-Fraktion, aus, dass er aus eigener Erfahrung berichten könne, dass sich durch den Einsatz von Fremdfirmen das Arbeitsergebnis zuweilen deutlich verschlechtert.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bittet, die nachstehende Ausführung von Oberbürgermeister Haumann zu § 7 Ziffer 3 (Vertragsdauer und Kündigung) des Vertrages über Gebäudereinigung wörtlich zu protokollieren.

Oberbürgermeister Haumann: *„Der Auftragnehmer zahlt den Mitarbeitern seines Betriebs den tariflichen oder die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen nicht bzw. nicht in vollem Umfang“.* (Der „Vertrag über Gebäudereinigung“ wird der Niederschrift als Anlage II beigefügt.)

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, stellt fest, dass auch bei städtischen Kräften mangelhafte Qualität vorkomme. Im Übrigen rügt er den im Antrag der Linken enthaltenen Eingriff in die Tarifautonomie.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, ändert den SPD-Antrag, STV/1033/2007, in folgenden Wortlaut:

1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der mehrheitlich von der Stadtverordnetenversammlung am **01.04.2004** gefasste Beschluss, **Punkt 2**, zur „Reinigung öffentlicher Gebäude“ wird aufgehoben.
2. Der Magistrat wird aufgefordert,
 - a) an dem Ziel festzuhalten, die städtischen Einrichtungen von Reinigungskräften

der Stadt Gießen **auf dem Status quo** reinigen zu lassen,
b) zukünftig auch das Rathaus von Reinigungskräften der Stadt Gießen reinigen zu lassen.“

Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion, beantragt folgende Ergänzung des Punktes 2 b) des SPD-Antrages:

„ ... reinigen zu lassen, **mit Ausnahme von Spezialreinigungen.**“

Die SPD-Fraktion übernimmt diese Ergänzung.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, sieht keinen Grund etwas zu ändern. Die Beschäftigten in den Privatfirmen würden nach Tarif bezahlt und 75 Prozent aller Objekte würden von städtischen Kräften gereinigt - von daher sei alles im Lot.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Janitzki, Möller, Schirmer, Grothe, Loheide, Dr. Deetjen, Scherer, Sauer und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis:

- Der Ergänzungsantrag der Die Linke.Fraktion zum Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).
- Dem Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).
- Punkt 1 des geänderten SPD-Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: GR).
- Punkt 2 a) des geänderten SPD-Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: GR).
- Punkt 2 b) des geänderten SPD-Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: GR).

**5. Quartalsweise Arbeitsgespräche Stadt u. Kreis Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 10.06.2007 -**

STV/1038/2007

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert mit dem Landkreis Gießen auf Dezernentenebene regelmäßige (vierteljährliche) Arbeitsgespräche über gemeinsam interessierende Fragen durchzuführen.

Die Zielsetzung sollte sein, dass insgesamt eine engere Koordination und Kooperation beider Verwaltungen erreicht wird (z.B. bei der Bauaufsicht, Leistungsentgelte,

Schulentwicklung, Umwelt und Natur, Wirtschaftsförderung usw.). Diese Arbeitsgespräche sind fest zu vereinbaren. Daran teilnehmen sollten alle Dezenternenten o. V. i. A. um auch ständig über alle fachübergreifenden Informationen zu verfügen.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Haumann berichtet, dass es die geforderten Gespräche bereits gebe und diese auch erfolgreich seien. Als Beispiele nennt er die Themen „Schule“ und „ZAUG“. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung keinen Beschluss fassen könne, der in die innerorganisatorischen Abläufe des Magistrats eingreife. Bis zur Stadtverordnetenversammlung werde er eine entsprechende Stellungnahme des Rechtsamtes vorlegen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP, Ja: SPD/LINKE)

6. Antrag zur GIAG

STV/1040/2007

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.06.2007 -

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die politisch Verantwortlichen für den Landkreis Gießen, insbesondere an den Landrat Herrn Marx und an den Ersten Kreisbeigeordneten Herrn Stefan Becker,
 - die seit Jahren bestehenden Missstände bei der GIAG, die zu Lasten der Hartz-IV-Empfänger und der Beschäftigten der GIAG gehen, endlich zu beheben.
 - umgehend die 60 bei der GIAG fehlenden Stellen zu schaffen und zu besetzen.
 - der ständigen Personalfuktuation bei der GIAG durch unbefristete Arbeitsverhältnisse entgegenzutreten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich für diese Ziele bei den politisch Verantwortlichen im Landkreis Gießen mit aller Kraft einzusetzen.

Begründung:

Es ist, Ende der ersten Halbzeit' für die im Januar 2005 eingerichtete Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen (GIAG). Denn der Gesetzgeber hat die Kooperation von Kommunen und den örtlichen Agenturen für Arbeit zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Bezieher zunächst bis Ende 2010 befristet.

Trotzdem ist die GIAG immer noch nicht mit der für ihre Arbeit notwendigen Anzahl von Stellen ausgestattet. Sie hat zurzeit 158 Mitarbeiter; es fehlen aber rund 60, um ordentlich arbeiten zu können. Die Zahl von 60 fehlenden Mitarbeitern wurde vom Personalratsvorsitzenden der Kreisverwaltung Gerhard Kühnel genannt. Sie ergibt sich, wenn man den vom Bund festgelegten Bedarfsschlüssel anwendet.

Die GIAG betreut im gesamten Landkreis inklusive der Stadt Gießen 10 932 „Bedarfsgemeinschaften“, die von fast 21 400 Menschen gebildet werden. Von diesen

wiederum gelten 15 300 als erwerbsfähig. Die Zahl der unter 25-Jährigen, deren Wohl und Wehe von der GIAG abhängt, wird mit 9 100 beziffert. (G. Allg. 1. 3. 07) So muss ein Fallmanager in Gießen zwischen 480 und 600 Fälle betreuen. Eigentlich sollte er sich um 75 und 150 Fälle kümmern. Es liegt auf der Hand, dass dadurch die notwendigen Beratungen zu kurz kommen und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt kaum gelingt.

Die Nachbarkreise sind personell deutlich besser ausgestattet: Im Lahn-Dill-Kreis hat man etwa 2000 Bedarfsgemeinschaften weniger zu betreuen, aber 50 Beschäftigte mehr als der Landkreis Gießen. Die Wetterau hat rund 8 000 Bedarfsgemeinschaften - d. h. ca. 3 000 weniger - und trotzdem 15 Stellen mehr für den Hartz-IV-Bereich. An dieser Situation hat sich auch nichts geändert, seitdem im Sommer 2006 der Landkreis die Anteilsmehrheit in der GIAG übernommen hat.

Mit ihrem Umzug in den Erdkauter Weg am 1. Juni sind die Raumnöte der GIAG beseitigt, die bisher als Grund genannt wurden, warum keine neuen Mitarbeiter eingestellt wurden. Aber die regierende Koalition im Landkreis hat trotz des vom Bund vorgeschriebenen Personalschlüssels nur 20 weitere Stellen eingeplant.

Als weiteres Hindernis an einer ordentlichen Arbeit wird kritisiert, dass viele Mitarbeiter bei der GIAG nur befristete Arbeitsverträge haben, so dass eine ständige Personalfluktuations die Folge ist. Allein 11 Mitarbeiter müssen bis zum Jahresende die GIAG verlassen.

Der Magistrat muss sich für eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der GIAG einsetzen. Schließlich leiden auch tausende Hartz-IV-Betroffene in der Stadt Gießen unter den unhaltbaren Zuständen bei der GIAG.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass der Landkreis versucht, sein Haushaltsdefizit auf Kosten der Ärmsten, nämlich der Hartz-IV-Betroffenen, zu reduzieren.

Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, begründet ausführlich den vorliegenden Antrag (siehe vorstehende Begründung). Er fordert eindringlich, die Misstände in der GIAG zu beheben.

Stadtrat Dr. Kölb bemerkt, das Thema GIAG sei „alleinige Sache des Landkreises Gießen“. Im Kreistag selbst sitzen auch Stadtverordnete der Gießener Stadtverordnetenversammlung, aber auch Vertreter der Die Linke-Fraktion.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, äußert, die Grundlage der Misstände seien Fehlplanungen gewesen. Inzwischen werde aber von den Verantwortlichen gehandelt.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 67 - STV/0891/2007
- Antrag des Magistrats vom 19.03.2007 -

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 2.5801060.960000 - Allg. Planungs- und Bauleitungskosten - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

11.203,20 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.5801060.960510 - Begrünung Baugebiet Marburger Str. - West -.

Nachfragen des Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, werden von Stadtrat Dr. Kölb beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2006 bis 10.000,00 EUR STV/0997/2007
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 -

Antrag:

Die beigefügte Auflistung der gemäß II.6 der Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2006 geben wir zur Kenntnis. Die einzelnen Vorgänge können auf Wunsch in der Kämmerei - Abt. Finanzwesen - eingesehen werden.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, möchte wissen, für welchen Zweck die überplanmäßigen Ausgaben bei den Haushaltsstellen

- 01.0310.655000 - Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (Antrag vom 26.10.2006) und
- 01.0200.655000 - Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (Antrag vom 14.11.2006)

verwendet wurden.

Stadtrat Dr. Kölb sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

9. Verschiedenes

- **Stv. Janitzki**, Die Linke-Fraktion, merkt kritisch an, dass der Haushalt für das Haushaltsjahr 2008 erst im Februar 2008 beschlossen werden solle und fragt nach den Gründen. Ein Beschluss erst im Jahre 2008 widerspreche eindeutig § 97 HGO. Die nachfolgende Antwort des Stadtrates Dr. Kölb bittet er wörtlich zu protokollieren.

Stadtrat Dr. Kölb: „Also, erst einmal ganz generell gesagt, Herr Janitzki, Sie werden kaum eine größere Kommune finden, die diese Vorgaben der HGO einhalten kann. Es gibt mehrere Gründe, weshalb wir entschieden haben, dann eben zwangsläufig wieder in den Turnus Februar rein zu kommen. Wenn wir im Januar eine Sitzung vorgesehen hätten, hätten wir es auch dort vorgelegt oder wenn wir eine Sitzung Ende Dezember hätten, wären wir in der Lage, einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen.

Es gibt mehrere Gründe: Eine realistische Steuerschätzung erreicht uns erst im November und bei dem Auf und Ab in den letzten Jahren ziehe ich es vor, mit einer einigermaßen realistischen Steuerschätzung vor die Stadtverordnetenversammlung zu treten. Der weitere Grund ist, und da bitte ich um Verständnis, die Kämmerei ist genau wie andere Ämter auch, aber vor allem die Kämmerei, damit beschäftigt, die Vorarbeiten für den doppischen Haushalt zu machen. Das heißt, wir müssen im Grunde genommen zweigleisig fahren, einmal müssen wir den kameralen Haushalt 2008 vorbereiten, auf der anderen Seite werden unsere Mitarbeiter in Arbeitsgruppen zusammen geschult, um in den doppischen Haushalt rein zu kommen. Da bitte ich um Verständnis.“

- **Vorsitzende** teilt mit, dass die nächste HFWR-Sitzung nach den Sommerferien am Montag, 10.09.2007, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) Eibelshäuser

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Knoth